

Rückkehr der Kalten Progression: 360 Millionen Euro mehr für Steuerzahler!

Die Rückkehr der Kalten Progression in Österreich belastet Steuerzahler jährlich mit 360 Millionen Euro. Experten fordern Abschaffung.

Vienna, Österreich - Die Rückkehr der Kalten Progression wirbelt in Österreich Schlagzeilen auf und trifft die Steuerzahler hart: Jährlich müssen diese ab 2026 rund 360 Millionen Euro mehr bezahlen. Dem aktuellen Beschluss der neuen Regierungskoalition zufolge wird die bereits abgeschaffte Kalte Progression teilweise wieder eingeführt, was bedeutet, dass Verwender von Lohnerhöhungen durch Inflation unbemerkt in höhere Steuerklassen geraten und somit mehr Abgaben leisten müssen. Dies berichtet **VOL.AT**.

Die Kontroversen um die Kalte Progression verursachen erbitterte Debatten, insbesondere da die Umwelt aufgrund der unzureichenden Anpassung der Steuerstufen an die Inflation leidet. 2022 wurde beschlossen, die Steuerstufen nur zu zwei Dritteln an die Inflation anzupassen, wobei das verbleibende Drittel für 2026 zur Budgetsanierung einbehalten werden soll. Dies ist ein scharfer Fallstrick für die Steuerzahler, da bei einer Inflation von 2,7 Prozent im Zeitraum von Juli 2024 bis Juni 2025 Experten wie Dénes Kucsera von Agenda Austria warnen, dass jeder Prozentpunkt Inflation 400 Millionen Euro an Kaufkraft gefährdet. **Kosmo.at** hebt hervor, dass die Wesentlichen Belastungen vor allem höhere Einkommen betreffen. So beläuft sich die jährliche Mehrbelastung für ein Medianeinkommen von etwa 2.560 Euro netto auf 47 Euro, während besserverdienende Steuerzahler noch stärker betroffen sind.

Entscheidung ist umstritten

Kritiker der Maßnahme fürchten, dass die Regierung durch diese „schleichende“ Veränderung mehr Geld einnimmt, ohne Transparenz zu gewährleisten. Während initial die Hoffnung auf Steuererleichterungen gegeben wurde, sieht sich die Regierung nun der Verantwortung gegenüber den Bürgern ausgesetzt, die erneut zur Kasse gebeten werden. Kucsera fordert daher die vollständige Abschaffung der Kalten Progression, um eine gerechte Steuerpolitik zu gewährleisten und argumentiert, dass Österreich kein Einnahmenproblem hat, sondern die staatlichen Ausgaben falsch priorisiert werden.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ursache	Erhöhung der Steuerbelastung
Ort	Vienna, Österreich
Schaden in €	360000000
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.kosmo.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at